



**Erklärung der Vorsitzenden
des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
und der Deutschen Bischofskonferenz
zum G20-Gipfel 2017 in Deutschland**

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, erklären zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 19 führenden Industrie- und Schwellenländer und Europäischen Union am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg:

„Die Blicke der Weltöffentlichkeit richten sich in den kommenden Tagen auf Hamburg, wo die Staats- und Regierungschefs der wirtschaftlich und politisch stärksten Länder zusammenkommen. Die G20 sind kein repräsentatives Organ der internationalen Gemeinschaft, aber sie können die Kraft der großen Staaten bündeln und somit erheblichen Einfluss auf die weltweiten Entwicklungen nehmen. Wenn wir als Kirchen zum bevorstehenden G20-Gipfel Stellung nehmen, so wollen wir hier nicht in die Diskussion einzelner politischer Fragen eintreten, sondern alle, die an Beratungen und Verabredungen beteiligt sind, an ihre Verantwortung für das globale Gemeinwohl erinnern. Die G20 werden ihrer Bedeutung und ihrem Anspruch dann gerecht, wenn sie dem gemeinsamen Leben und Überleben auf unserer Erde dienen und die Chancen der Armen auf eine menschenwürdige Existenz stärken.

Es bereitet uns Sorge, dass in vielen Teilen der Welt Bewegungen an Zuspruch gewinnen, die die Verantwortung ihrer Länder für die Weltgemeinschaft bestreiten. Die Unübersichtlichkeit der internationalen Verhältnisse, das Gefühl des Kontrollverlustes bei der Gestaltung der nationalen Angelegenheiten und die Enttäuschungen angesichts negativer Aspekte der Globalisierung schwächen den Sinn für die Erfordernisse der internationalen Kooperation. In vielen Ländern schwindet die Bereitschaft zur Solidarität. Staatliche Selbstbezogenheit, Unilateralismus, Isolationismus und Nationalismus nehmen zu. Gerade deshalb muss in Erinnerung gerufen

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

werden, dass ohne internationale Zusammenarbeit und globale Solidarität die Herausforderungen unserer Gegenwart nicht bestanden werden können: Die Klimaveränderungen machen nicht an Grenzen halt. Gewalttätige Großkonflikte fördern den Terrorismus und treiben Menschen auf Fluchtwege, die bis in andere Kontinente führen. Wir sind als eine Menschheitsfamilie auf dieser Erde miteinander verbunden. Armut und extreme Ungleichheit gefährden die globale Stabilität. Wir sind überzeugt: Der G20-Gipfel kann der Kritik an internationalen Verträgen und Strukturen am besten dadurch begegnen, dass mutige und weitreichende Maßnahmen zur Lösung dieser großen Weltprobleme auf den Weg gebracht werden.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen fordern im Umfeld des G20-Gipfels Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen. Sie äußern damit ein verständliches Unbehagen am gegenwärtigen Umgang mit den krisenhaften Umbrüchen der globalen Ordnung. Als Kirchen rufen wir dazu auf, den politischen und gesellschaftlichen Dialog ausschließlich auf gewaltfreiem Weg zu suchen und sich gemeinsam der Verantwortung für die Eine Welt zu stellen.

Im Dezember 2015 hat die Staatengemeinschaft in Paris ein Übereinkommen über den Klimaschutz erzielt. Diese Vereinbarung muss Grundlage der weiteren internationalen Politik wie der Politik in den einzelnen Ländern bleiben. Der Rückzug von den in Paris übernommenen Verpflichtungen ist ebenso wenig verantwortliche Politik wie eine nur halbherzige Umsetzung. Zu viel steht auf dem Spiel: für die wirtschaftlich starken Staaten, vor allem aber für die armen Länder, die sehr viel weniger Möglichkeiten haben, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Vom G20-Gipfel in Hamburg sollte deshalb das Signal ausgehen, dass ‚Paris‘ der Ausgangspunkt aller weiteren Bemühungen um eine ambitionierte Klimapolitik bleibt und das Ziel einer Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit nicht in Frage gestellt wird.

Auch wenn der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist, bleibt die absolute Zahl derjenigen, denen das Nötigste zum Leben fehlt, erschreckend hoch. Dies ist eine humanitäre Katastrophe, die sich tagtäglich ereignet. Um das zu verändern, braucht es das Zusammenspiel vieler politischer Akteure und Politikbereiche. Die von den Vereinten Nationen im September 2015 beschlossene ‚Agenda 2030‘ und die dort formulierten ‚nachhaltigen Entwicklungsziele‘ sind hier wegweisend. Die Länder des globalen Südens haben die Verantwortung, unter Umständen auch gegen die Interessen führender Schichten einschneidende Veränderungen vorzunehmen: eine Fokussierung auf die

armen Bevölkerungsgruppen, eine ‚gute Regierungsführung‘ mit Kampf gegen Korruption und Klientelismus, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Reformen im Bereich der Landwirtschaft. Auf der internationalen Ebene müssen diese Anstrengungen durch eine Entwicklungspolitik ergänzt werden, die die Bedürfnisse der Armen in den Mittelpunkt stellt, und durch eine Handelspolitik, die es armen Ländern ermöglicht, die eigenen Stärken auf den internationalen Märkten zum Tragen zu bringen. Afrika muss im Zentrum dieser Anstrengungen stehen. Das ist nicht allein ein Gebot der Solidarität mit jenen, die heute am stärksten von Armut geschlagen sind. Es ist auch ein Gebot der Vernunft, denn gerade wir in Europa werden dauerhaft keine Stabilität erleben, wenn die Nachbarn ihre Verhältnisse nicht als menschenwürdig erleben.

An vielen Orten der Welt bestimmen gewalttätige Konflikte das Leben der Menschen. Besonders bedrängend ist die Situation im Nahen und Mittleren Osten. Syrien, Irak und Jemen versinken in Krieg, Bürgerkrieg und Terrorismus. Hunger, Flucht und Tod bestimmen den Alltag unzähliger Menschen. Ohne ein abgestimmtes Agieren der Weltgemeinschaft wird sich das Leiden der Zivilbevölkerung auf lange Frist fortsetzen. Stattdessen erleben wir, dass manche der Mächte, die auch in Hamburg am Tisch sitzen werden, im Mittleren Osten um eigene Vorteile kämpfen und zur Eskalation der Gewalt beitragen. Vom G20-Gipfel können zwar keine unmittelbar wirksamen Lösungen für diese Region erwartet werden. Wohl aber sind die in Hamburg versammelten Staatenlenker aufgerufen, das Treffen zu einem Signal für eine neue kooperative Sicherheits- und Friedenspolitik zu machen und jeder Aufrüstungsideologie zu widerstehen: Mehr Waffen sind keine Lösung!

Für uns Christen gehört jeder Mensch auf der Erde zu der einen Menschheitsfamilie. Alle sind Geschöpfe Gottes, mit gleicher Würde begabt. Über die Kontinente verstreut, gehören wir als Menschen zusammen und tragen Verantwortung füreinander. In der säkularen Sprache der Menschenrechte hat sich diese Überzeugung global verbreitet. Unser kräftiger Wunsch für den G20-Gipfel ist deshalb: Die Orientierung am Wohl der einen Menschheitsfamilie sollte in Hamburg vorherrschen. Möge dieser Gipfel für die Armen der Welt nicht folgenlos bleiben! Dafür treten wir ein und dafür beten wir zum Schöpfer aller Menschen.“